

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

Medienmitteilung
FIKO lehnt Volksinitiative "Weniger Steuern für alle" ab

Solothurn, 20. September 2013 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) lehnt die Volksinitiative "Weniger Steuern für alle" und einen SVP-Vorstoss, der Änderungen des Steuerfusses dem Referendum unterstellen will, mehrheitlich ab.

Mit der Volksinitiative "Weniger Steuern für alle" wird der Kanton aufgefordert, die verfassungsmässigen und gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um einen Steuerrabatt einzuführen. Der Rabatt soll bis zu einem steuerbaren Einkommen von 75'000 Franken 15%, für Einkommen von 75'001 bis 125'000 Franken, 15 bis 10% linear degressiv, und für höhere steuerbare Einkommen 10% betragen. Die FIKO hat das Anliegen mit 12:3 Stimmen abgelehnt. Nur die SVP stimmte trotz der äusserst schwierigen finanziellen Situation des Kantons der Volksinitiative zu. Der Kanton kämpft zurzeit gegen strukturelle Defizite in der Grössenordnung von 150 Mio. Franken jährlich. Aufgrund des Steuerrabatts würde zusätzlich ein Ertragsausfall von weiteren 76 Mio. Franken entstehen. Zudem würden einmalige Kosten von ungefähr 200'000 Franken für die Umsetzung anfallen. Störend findet die Mehrheit der FIKO, dass Verheiratete einen betragsmässig geringeren Steuerrabatt bekämen und Konkubinatspaare sowohl betrags- als auch verhältnismässig stärker entlastet würden. Der Kanton sieht sich ohnehin schon gezwungen, Sparmassnahmen im Umfang des jährlichen strukturellen Defizits von 150 Mio. Franken zu ergreifen. Ohne einschneidenden Aufgabenverzicht und Leistungsabbau in allen Bereichen und Ertragssteigerungen wird dieses Ziel nicht zu erreichen

sein. Die Mehrheit der FIKO findet, dass die Massnahmen nicht einseitig nur auf der Ausgabenseite ansetzen können. Die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen sind in den letzten Jahren massiv gesunken. Die Schweizerische Nationalbank hat ihre Ausschüttungen um 32,4 Mio. Franken gekürzt. Die stets höheren Ausgaben im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich verschlechtern die Finanzlage zusätzlich, so dass sich einnahmeseitig eine massvolle Erhöhung der Steuern kaum vermeiden lassen dürfte.

Im Auftrag von Christian Werner (SVP, Olten) wird der Regierungsrat aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit inskünftig Änderungen des Steuerfusses bis zu fünf Prozent der ganzen Steuer dem fakultativen Referendum, solche ab fünf Prozentpunkten der ganzen Steuer, dem obligatorischen Referendum unterstellt werden. Nach geltendem Recht bestimmt der Kantonsrat jährlich im Rahmen des Voranschlages den Steuerfuss. Er kann Zuschläge bis 10% der ganzen Steuer mit einfachem Mehr, höhere Zuschläge mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschliessen. Zuschläge über 20% der ganzen Steuer unterliegen schon heute der Volksabstimmung. Beschliesst das Parlament einen höheren Steuerfuss als 120%, unterliegt dieser Beschluss obligatorisch einer Volksabstimmung, auch wenn keine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr beschlossen wird. Damit ist für die Mehrheit der FIKO die Mitwirkung des Volkes gewährleistet und sie folgt mehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung. Auch hier vertritt die SVP eine gegenteilige Meinung.